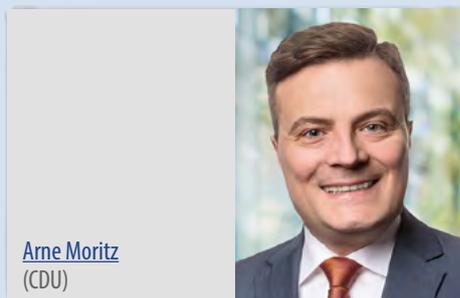


SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Haushaltsentwurf 2019“



Arne Moritz
(CDU)



Stefan Zimkeit
(SPD)

Der Haushaltsentwurf 2019 ...

... ist ein historischer Haushaltsentwurf. Er weist erstmals seit 1973 einen Haushaltsüberschuss aus. Wir setzen unseren haushaltspolitischen Dreiklang fort: konsolidieren, modernisieren und investieren.

... ist unsozial und unsolide. Die Landesregierung scheidet damit an ihren eigenen Ansprüchen. Stattdessen: viel Geld – wenig Ideen. Trotz Rekordüberschüssen wird ausgerechnet im Sozialen gekürzt, z. B. bei den Wohlfahrtsverbänden. Das zeigt die soziale Kälte dieser Regierung. Es fehlen klare Impulse für die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, gebührenfreie Kitas und die Stärkung des Strukturwandels in NRW.

Investitionen ...

... sind ein wichtiger Bestandteil unseres haushaltspolitischen Dreiklangs. Daher steigern wir die Investitionsausgaben im Haushaltsentwurf 2019 um mehr als 800 Mio. Euro im Vergleich zum Haushalt 2018. Durch Steigerung der Investitionsquote sind noch mehr Investitionen in die Zukunft unseres Landes möglich.

... in die Zukunft werden versäumt. Angesichts des Investitionsstaus bei Schulen, Straßen und Sportanlagen in NRW ist es unverantwortlich, dass mittelfristig die Investitionsquote des Landes sinken soll. Das ist kurzfristig und gefährdet die Entwicklung von NRW. Versprochen hatte Schwarz-Gelb aber etwas ganz Anderes.

Schuldenabbau ...

... ist erst möglich, wenn man sich einen Haushaltsentwurf nicht nur ohne Nettoneuverschuldung wie im Jahr 2018, sondern auch mit einem Haushaltsüberschuss erarbeitet. Das haben wir mit dem Haushaltsentwurf 2019 erstmals seit 1973 geschafft!

... erreicht die Landesregierung nur durch Täuschenspielertricks, die nach Ansicht des Landesrechnungshofes sogar verfassungswidrig sind. Ohne Bilanztricks beim BLB und Rückstellungen im Nachtrag 2018 müsste die Landesregierung fast eine Milliarde neue Schulden machen. Und selbst der schön gerechnete Schuldenabbau liegt weit hinter dem Saarland.

Die Kommunen ...

... erhalten nach dem Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2019 eine verteilbare Finanzausgleichsmasse von insgesamt 12.067,4 Mio. Euro. Das sind rund 364,6 Mio. Euro mehr als 2018 und damit so viel wie nie zuvor! Zusammen mit dem Wegfall der Solidaritätsumlage und der Abschmelzung des Vorwegabzugs stärken wir damit die kommunalen Haushalte in noch nie da gewesener Weise.

... sind für die Landesregierung keine gleichberechtigten Partner. Bei Fragen wie der Krankenhausfinanzierung werden sie übergangen. Mit dem GFG werden v. a. Städte mit hohen Sozialkosten benachteiligt und so die Erfolge des Stärkungspaktes gefährdet. Die versprochene Durchleitung der Integrationspauschale ist im Haushalt nicht enthalten. Stattdessen werden die Bundesmittel aus 2018 sogar für 2019 eingekassiert.



... tilgt Schulden des Landes – erstmals seit über vier Jahrzehnten. Die Trendwende hin zu einer nachhaltigen Finanzpolitik ist also geschafft. Im Finanzplanungszeitraum bis 2021 sind Tilgungsleistungen in Milliardenhöhe vorgesehen. Dabei stärken wir gleichzeitig vermehrt wichtige Zukunftsbereiche wie Schule und Bildung, Polizei und Justiz sowie Kultur und Sport.

... hat die rot-grüne Vorgängerregierung sträflich vernachlässigt. Deshalb gibt es auch nach Feststellungen des Landesrechnungshofes einen großen Nachholungsbedarf. Wir haben nach dem Politikwechsel bereits ein Krankenhaus-Investitionsprogramm aufgelegt und die Verkehrsinfrastruktur mit zusätzlichen Mitteln für Erhalt, Umbau und Ausbau von Straßen verbessert.

... ist ein zentrales Thema für die FDP-Fraktion. Nachdem in den letzten beiden Haushalten viele Reparaturmaßnahmen stattfinden mussten, um Versäumnisse der Vergangenheit aufzuholen, ist nun in den Jahren einer guten Einnahmesituation die Wende gelungen. Die Erfahrung zeigt: Ein sparsamer Haushaltsvollzug kann zu weiteren Überschüssen führen, die zusätzlich für Schuldenabbau genutzt werden können.

... haben von der schwarz-gelben Landtagsmehrheit profitiert. Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen steigen im kommenden Jahr um rund eine halbe Milliarde Euro. Im laufenden Jahr sind die Zuweisungen bereits um eine Milliarde Euro gestiegen. Mehr als jeder dritte Euro der bereinigten Landesausgaben kommt mittlerweile direkt den Kommunen zugute.



... lässt kein nachhaltiges Zukunftsprogramm für NRW erkennen. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen gibt es zu wenige Investitionen und der Schuldenabbau erfolgt nur in homöopathischen Dosen. Dafür gibt es weitere Millionen für überflüssige Heimatprojekte und die Ministerialbürokratie wird weiter aufgebläht. Dafür attestierte der Landesrechnungshof zurecht ein Mangelhaft.

... vernachlässigt die Landesregierung sträflichst. Dass Schwarz-Gelb mittelfristig sogar mit einer sinkenden Investitionsquote plant, schadet der Entwicklung unseres Landes. Wann, wenn nicht jetzt, will die Landesregierung den Investitionsstau in NRW angehen? Nachhaltige Investitionen etwa in Schulen und Hochschulen und in den ÖPNV sind dringend geboten.

... ist ein Schlagwort, mit dem die Regierung gerne wirbt – allerdings ohne es in reale Politik umzusetzen. Trotz zusätzlicher Steuereinnahmen in Höhe von fünf Milliarden Euro seit Regierungsübernahme schafft die Landesregierung keinen echten Schuldenabbau. Selbst die winzigen 0,04 Prozent des Haushaltsvolumens, die die Regierung zur Schuldentilgung einplant, schafft sie nur durch Haushaltstricks.

... bleiben auf ihren teils immensen Altschulden sitzen und warten nach großspurigen Ankündigungen der Regierungsfaktionen im Wahlkampf auf ernsthafte Taten der Landesregierung. Diese entlastet Monheim mit 35 Millionen und lässt die anderen mit einer Milliarde Euro zusätzlichen Kosten bei den Geduldeten trotz rückläufiger Zahlen alleine.



... sollte ein finanzpolitischer Dreiklang sein: Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. Der hier vorliegende jedoch ist (mit Ausnahme der geplanten Schaffung zusätzlicher Stellen bei Polizei und Gerichten) nicht nur völlig ambitionslos, sondern kann erst durch einen Rückgriff auf Einnahmen des Jahres 2018 ausgeglichen werden – eine verfassungsrechtlich höchst zweifelhafte Maßnahme.

... sind erwartungsgemäß bei weitem zu niedrig. Das ist exemplarisch zu beobachten im Bereich der Krankenhäuser, wo sich über mehrere Jahrzehnte ein Investitionsstau von bis zu 12,5 Milliarden Euro aufgebaut hat. Und nicht weniger dramatisch wird sich das Fehlen der versprochenen Investitionen in die Infrastruktur auswirken, mit Folgen für Wirtschaft, Verkehr und Digitalisierung.

... wäre angesichts historisch niedriger Zinsen das Gebot der Stunde. Während der Bürger die Nullzins-Politik mit dem allmählichen Schwinden von Sparguthaben und seiner Altersversorgung bezahlen muss, wäre es mindeste Pflicht der Landesregierung, diese Phase zumindest für einen zügigen Schuldenabbau zu nutzen. In erschreckender Verantwortungslosigkeit wird diese Chance jedoch wieder einmal vertan.

... leiden immer noch unter der Herabsetzung des Verbundsatzes in den 80er-Jahren – Beleg dafür, wie langfristig politische Fehlentscheidungen wirken können. Doch statt aus Fehlern zu lernen, werden sehenden Auges neue, noch folgenschwerere gemacht. Als Beispiel seien die weiter stetig steigenden Belastungen für die sog. Flüchtlinge genannt, nicht zuletzt für die ausreisepflichtigen, aber nicht ausgewiesenen.